

Nun soll es die Politik richten ?

geschrieben von Admin | 28. November 2024

von Peter Würdig (Dipl. Ing. Physik)

Das zumindest fordert jetzt die Hannoversche Allgemeine in einem Kommentar. Da sind Zweifel angebracht. Ich erinnere mal an die Worte von Großvater Marx: „Die Ökonomie bestimmt die Politik!“. Bei den Linken, die sich gerne als Marxisten ausgeben, wird es häufig umgekehrt gemacht: man will politisch erzwingen, was ökonomisch nicht läuft, mit den Ergebnissen, die wir heute erleben müssen. Ich denke dabei nur mal an die jetzt anstehenden Werksschließungen bei VW.

Es geht in dem Artikel um die Speicher für die Erneuerbaren, und der Autor, Andreas Niesmann, weist zu Recht darauf hin, dass die gebraucht werden. Zumindest um die Dunkelflauten zu beherrschen, die nicht nur im November auftreten können (die gibt es zu jeder Zeit des Jahres, auch im August wird es gelegentlich dunkel). Und was soll die Politik daran nun richten, während sie über Jahrzehnte den Gedanken an Speicher möglichst vermieden hat?

Völlig verfehlte Energiepolitik

Das „System der Steuern und Abgaben auf Strom soll reformiert werden“, fordert der Autor. Warum eigentlich, der Staat muss Steuern erheben, um seine Leistungen zu bezahlen, und so werden Steuern auf Verbrauchsgüter erhoben, also für Wasser, Lebensmittel, Sekt usw.. Warum soll das beim Strom anders sein? Dass wir heute viel zu hohe Kosten für elektrische Energie aufbringen müssen, liegt ja nicht an der Stromsteuer, die hat nur einen bescheidenen Einfluss. Der eigentliche Grund ist die völlig verfehlte Energiepolitik, davon möchte man wohl ablenken.

In dem Artikel spricht man von „Technologiesprüngen bei den Akkus sowie ihr aktueller Preisverfall“, das sind aber nur Wunschvorstellungen, um die Energiewende noch irgendwie zu retten. Wo sollen denn die „Technologiesprünge“ herkommen? Die Technologie von Akkus basiert auf der Elektrochemie, hier also der Spannungsreihe der Elemente. Die ist seit mehr als 100 Jahren bekannt, und da das Naturgesetze sind, kann man die auch politisch nicht ändern.

Technologische Entwicklung von Akkus ist weitgehend ausgereizt

Das ist ja auch der Grund, warum man in modernen Batterien Lithium einsetzt. Das steht dicht am Anfang des Periodensystems, und dann kann man aus einer Zelle gerade noch mal ein paar Zehntel Volt mehr herausholen. Die technologische Entwicklung von Akkus ist weitgehend

ausgereizt, da gibt es keine Sprünge, die die Lage massiv verändern. Auch einen Preisverfall kann man nicht erwarten, denn durch die politisch gesteuerte Entwicklung hin zu E-Autos und Windmühlen werden viele Materialien eher knapp und dadurch teurer.

Die Idee, die Lücken in der Versorgung durch Erneuerbare mit Akkus zu schließen, ist nicht neu. Dazu hat man schon 2014 einen Versuch gemacht, das war die „Smart Region Pellworm“ (PI-NEWS berichtete). Allerdings stellte sich schon nach zwei Jahren heraus, dass die Speicherung über Akkus so teuer war, dass die Fördermillionen verbraucht waren und die Anlagen alle wieder abgebaut werden mussten. Statt dort nun eine Gedenkstätte für die deutsche Energiewende einzurichten, hat man die Flächen zu einem Hundespielplatz umgestaltet.

Energiewende-Fans vermeiden möglichst konkrete Zahlen

In dem Artikel der Hannoversche Allgemeine wird weiter ausgeführt: „Durch die Preisschwankungen an den Strombörsen finanzieren sich die Akkus weitgehend selbst...“. Wenn dem so wäre, dann hätte sich längst ein Markt gebildet, der die Speicher, ohne die die Energiewende niemals funktionieren kann, anbietet. Davon ist aber weit und breit nichts zu sehen. Tatsächlich gibt es eben nur einen sehr bescheidenen Zubau von Speicherkapazität.

Ich hatte in dem oben erwähnten PI-NEWS-Artikel „Speichern für die Wende“, ausgerechnet, selbst wann man den Neubau von Speichern noch mal verdoppeln würde im Vergleich zum jetzigen Tempo, bräuchte man für die Vollendung der Energiewende „nur“ noch 75.600 Jahre. Einen Rechenfehler hat dazu bisher noch niemand bemerken können. Aber dieses Ergebnis macht deutlich, warum die Fans der Energiewende konkrete Zahlen möglichst vermeiden und sie einen Taschenrechner nur äußerst ungern in die Hand nehmen.

Der Beitrag erschien zuerst bei PI hier

COP 29: Die große UN-Geldgier

geschrieben von Chris Frey | 28. November 2024

[Craig Rucker, CFACT](#)

Die auf der UN-Klimakonferenz in Aserbaidschan geforderten Summen sind

schwindelerregend.

Die UNO **schätzt**, dass die Welt derzeit 3 Billionen Dollar pro Jahr für den Klimaschutz ausgibt und will bis 2050 jährlich 3,5 Billionen Dollar für die Energiewende aufbringen. Dies würde die jährlichen Gesamtausgaben für den Klimaschutz auf 5 Billionen Dollar in die Höhe treiben.

Eine Billion hier, eine Billion dort, und schon bald geht es um echtes Geld.

Sie drängen auf der COP 29 in Baku auf etwas, das sie das „neue kollektive quantifizierte Ziel“ nennen. Das bedeutet vor allem ein Vermögen für die Umverteilung von den Industrieländern zu den Entwicklungsländern.

Die Delegierten sind sich nur allzu bewusst, dass diese großzügigen Ausgaben in keiner Weise mit der „America first“-Agenda von Präsident Trump vereinbar sind, aber sie hoffen, dass sie ihn wie schon einmal aussitzen können.

Eine überraschende positive Entwicklung ist, dass die Entwicklungsländer im Zuge der Forderung nach Umverteilung eine der größten Absurditäten des UN-Klimaregimes erkannt haben. Länder wie China und Indien werden bei der Emissionsreduzierung und der Auszahlung von Geldern geschont. Und das, obwohl China der weltweit größte Emittent von Treibhausgasen ist und die zweitgrößte Volkswirtschaft hat, während Indiens Wirtschaft auf Platz fünf liegt.

Dies ist auf etwas zurückzuführen, das die UNO als „gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung“ bezeichnet und das seit dem Kyoto-Protokoll von 1997 im Klimaregime verankert ist. China hat inzwischen 8,16 Billionen Dollar **Schulden** bei den USA.

Wo auch immer die Klimapolitik hingeht, China sollte gleichermaßen den Schmerz tragen und die Verantwortung übernehmen, die das Land von uns fordert.

Kurz vor Beginn der ersten Amtszeit von Präsident Trump hat Präsident Obama dem Grünen Klimafonds der Vereinten Nationen eine Milliarde Dollar **überwiesen**. Darunter waren 500 Millionen Dollar, die nur drei Tage vor seinem Amtsantritt überwiesen wurden.

Wird die Biden-Regierung versuchen, dies zu übertreffen?

Als Präsident Trump das letzte Mal aus dem Pariser Klimaabkommen ausstieg, dauerte es vier Jahre. Nach den Bestimmungen des Abkommens kann er es dieses Mal in einem Jahr schaffen.

Hoffen wir, dass Präsident Trump die Klima- und Energiewirklichkeit für die USA und die Welt wiederherstellt, bevor noch mehr Schaden

angerichtet wird.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/11/22/cop-29-the-big-un-money-grab/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

COP 29-Diplomatie liefert absolut vage Versprechen in einem Jahrzehnt

geschrieben von Chris Frey | 28. November 2024

David Wojick

In der „Finanzvereinbarung“ von Cop 29 ist Diplomatie wirklich die Kunst, sich auf nichts zu einigen. Es gibt keine substanzelle Vereinbarung, weil es keine Substanz in dieser Vereinbarung gibt. Jede Seite bekommt eines Tages ihre Nummer und das ist alles.

Schauen wir uns den eigentlichen Text an, um das Nichts zu sehen. Erinnern wir uns aber zunächst daran, was eigentlich geschehen sollte. Das Pariser Abkommen verpflichtete die Industrieländer dazu, den Entwicklungsländern bis 2025 jährlich 100 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Auf der COP 29 sollte diese jährliche Zahlung ab 2026 einfach nach oben korrigiert werden. Das ist nicht geschehen, nicht einmal annähernd.

Das Fiasko begann, als die Entwicklungsländer riesige, unmögliche Summen um die 1,3 Billionen Dollar forderten. Das setzte eine Reihe von Nebenschritten in Gang, die zu der jetzigen Vereinbarung führten, die sich stark von dem angestrebten Ziel unterscheidet.

Zunächst einmal ist die jährliche Zahlung von 1,3 Billionen Dollar vorhanden, aber sie erfolgt „bis 2035“, also in zehn Jahren und nicht schon 2026. Ich kann mir vorstellen, dass man das bis ein paar Jahre nach Trumps Ausscheiden aus dem Amt hinauszögert, aber diese Leute sind auf ihre Fünfjahrespläne fixiert.

Außerdem muss dieses Geld nicht von den Industrieländern kommen und schon gar nicht von ihren Regierungen. Erstens soll es „aus allen öffentlichen und privaten Quellen“ kommen. Zweitens wurden die förderfähigen Quellen auf alle Entwicklungsländer sowie die Industrieländer ausgeweitet.

Diese beiden Bestimmungen haben das Konzept der Klimafinanzierung grundlegend verändert. Früher ging es nur um staatliche Gelder, die von den Industrieländern in die Entwicklungsländer flossen. Jetzt klingt es so, als ob jede klimabezogene Investition oder jeder Beitrag zählt, der in einem Entwicklungsland landet.

Es wird eine große Herausforderung sein, dies herauszufinden. Wenn China zum Beispiel eine Offshore-Windkraftanlage baut, und davon gibt es viele, ist das dann eine Klimafinanzierung? Was ist, wenn sie in Indonesien gebaut werden?

Oh, und es sieht so aus, als würden auch Kohlekraftwerke zählen. In den ersten Entwürfen des Abkommens wurde die Anrechnung von Kohlekraftwerken ausgeschlossen, weil die Leute dies im Namen der Anpassung taten. Strom zu haben, ist sicherlich hilfreich, wenn extreme Wetterbedingungen auftreten. Aber dieses Verbot taucht in der endgültigen Vereinbarung nicht auf, so dass die Praxis erlaubt zu sein scheint.

Dann ist da noch die andere große Zahl, die 300 Milliarden Dollar pro Jahr. Es wird allgemein angenommen, dass sie die 100 Milliarden Dollar pro Jahr ersetzen soll, die das Pariser Abkommen bis 2025 vorsieht. CBS hat zum Beispiel eine Schlagzeile, in der es heißt: „Bei den UN-Klimagesprächen auf der COP29 wurde eine Einigung über 300 Milliarden Dollar pro Jahr erzielt (statt 100 Milliarden Dollar).“

Das ist falsch, denn auch hier heißt es in der neuen Vereinbarung, das Ziel sei „bis 2035“. Auch kommt nicht notwendigerweise die gesamte (oder irgendeine) dieser entfernten Summe von den Industrieländern, wie es bei den jährlichen 100 Milliarden Dollar der Fall war. In der neuen Vereinbarung heißt es lediglich, dass „die entwickelten Länder als Vertragsparteien die Führung übernehmen“. (Unter Vertragsparteien ist das Pariser Abkommen zu verstehen.)

Die „Übernahme der Führung“ ist ein äußerst vager Begriff. Es könnte bedeuten, mehr als die Hälfte, sagen wir 151 Milliarden Dollar, zu zahlen. Oder einfach nur der größte Geber mit sagen wir 20 Milliarden Dollar zu sein. Oder auch nur eine Reihe von Werbeaktionen durchzuführen, um private Investoren zu Investitionen zu bewegen, die vielleicht nur Millionen betragen.

Das ganze Fiasco wird deutlich, wenn wir uns fragen, was der Finanzbedarf oder das Ziel für 2026 ist. Es gibt keinen, auch nicht für irgendein anderes Jahr bis 2035. Auch ist niemand dafür verantwortlich, diese weit entfernten Ziele zu erreichen.

Kurz gesagt, das ist ein riesiges Durcheinander und hat nichts mit dem zu tun, was im Pariser Abkommen gefordert wurde. Regulatorische Verwirrung ist ein langjähriges Spezialgebiet von mir, und dies ist so schlimm, wie ich es noch nie gesehen habe. Aber das kommt dabei heraus, wenn ein komplexer Deal für viel Geld am Sonntag um 2:40 Uhr morgens von Leuten abgeschlossen wird, die seit Tagen nicht viel geschlafen haben.

Sicherlich werden die nächsten COPs und viele kleinere Treffen damit verbracht werden, diese hoffnungslos vage und ernsthaft falsch formulierte Vereinbarung zu korrigieren. Wenn sie aber bis 2035 warten wollen, ohne dass es bis dahin eine Finanzierung gibt, dann ist das für mich in Ordnung.

Ein faszinierender Nebenaspekt ist, dass die Entwicklungsländer Berichten zufolge in ihren offiziellen Klimaplänen bis 2030 Kosten in Höhe von etwa 10 Billionen Dollar veranschlagt haben. Diese sind alle von der Bereitstellung von Finanzmitteln abhängig, was nach diesem Abkommen nicht der Fall sein muss.

Das Spiel um das große Geld ist gerade erst eröffnet worden, und es herrscht ein heilloses Durcheinander. Schauen wir mal, wie es weitergeht.

Link:

<https://www.cfact.org/2024/11/25/cop-29-diplomacy-delivers-perfectly-vague-promises-a-decade-away/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Sie versuchen, uns zum Schweigen zu bringen: Der Krieg der G20 gegen Klima-Skeptizismus

geschrieben von Chris Frey | 28. November 2024

Charles Rotter

Der G20-Gipfel in Brasilien ist ein weiteres abschreckendes Beispiel für die Übertreibung des Orwell'schen Systems: Unter dem Motto „Bekämpfung von Desinformation“ wurde eine neue internationale Initiative zur Unterdrückung abweichender Meinungen vorgestellt. Dieses jüngste Projekt mit der Bezeichnung „Global Initiative for Information Integrity on Climate Change“ (Globale Initiative für Informationsintegrität zum Klimawandel) wird von den Vereinten Nationen und der UNESCO angeführt. Mit einer finanziellen Kriegskasse, die von Nationen wie UK, Frankreich und Schweden bereitgestellt wird, geht es bei dieser Initiative nicht um „Wahrheit“ oder „Wissenschaft“ – sondern ausschließlich um Kontrolle.

Sie bringt Länder, internationale Organisationen und Interessenvertreter aus aller Welt zusammen und hat zum Ziel, die Integrität von

Informationen über den Klimawandel zu fördern und zu verteidigen, gegen Desinformation vorzugehen und das Bewusstsein für den Klimawandel und die entsprechenden Maßnahmen zu stärken. Sie umfasst einen globalen Fonds, der die Erforschung von Desinformationen über den Klimawandel und Initiativen zur Förderung der Informationsintegrität finanzieren wird. – [Link](#)

Nennen wir es das, was es ist: ein unverhohler Versuch, jeden zum Schweigen zu bringen, der das sogenannte Klimakrisen-Narrativ in Frage stellt. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von „Fehlinformationen“ versuchen diese globalen Bürokratien, freies Denken zu unterdrücken und kritische Stimmen aus der Öffentlichkeit auszulöschen. Dies ist nicht nur ein Angriff auf Skeptiker – es ist ein Angriff auf den offenen Diskurs selbst.

Die Initiative: Ein Wolf mit grünem Fell

Ihren öffentlichen Erklärungen zufolge will die Initiative gemeinnützige Organisationen für „Forschung“ und „öffentliche Sensibilisierungskampagnen“ finanzieren. Sie schaffen auch ein, wie sie es nennen, „internationales Forschungsnetzwerk“, um sogenannte Desinformationen zu identifizieren und zu unterdrücken. Mit anderen Worten: Sie bauen einen Apparat auf, um gegenteilige Standpunkte als gefährliche Lügen abzustempeln und ihre Zensur zu rechtfertigen, damit sie in Vergessenheit geraten.

UN-Generalsekretär António Guterres erklärte mit seinem typischen Paternalismus Desinformation zu einer Bedrohung für den Klimaschutz und sogar für die Demokratie selbst. Der nicht ganz so subtile Subtext? Wenn Sie es wagen, deren Dogma in Frage zu stellen, sind Sie das Problem.

„Wir müssen auch gegen Klima-Desinformation vorgehen“, sagte Guterres. „Unser Klima ist an einer kritischen Grenze angelangt.“

Die Historie: Die Unterdrückung von Skeptikern vom ersten Tag an

Dies ist nicht das erste Mal, dass Klimaskeptiker ins Visier genommen werden. Bereits 2010 begann Google mit der Manipulation von Suchergebnissen, um skeptische Stimmen zu benachteiligen. Eine französische [Studie](#) zeigte, wie Skeptiker damals die Online-Suchergebnisse dominierten, was zu einer konzentrierten Aktion führte, um ihre Ansichten unter Bergen von alarmistischer Propaganda zu begraben. Blogs wie Pensée Unique und Werke von Claude Allègre erregten genug Aufmerksamkeit, um den Zorn des Establishments auf sich zu ziehen.

Dank des Zusammenwirkens von Big Tech, Regierungen und gemeinnützigen Organisationen ist der „Zensur-Industriekomplex“ zu einer mächtigen und heimtückischen Kraft geworden. Gruppen wie die Cybersecurity und Infrastructure Security Agency (CISA) in den Vereinigten Staaten sowie

private Einrichtungen wie [NewsGuard](#) verschwören sich routinemäßig, um abweichende Stimmen zu markieren, zu unterdrücken und zu delegitimieren.

Wir haben das schon einmal erlebt. Die [Twitter Files](#) legten das Ausmaß dieser Absprachen offen und enthüllten, wie soziale Medienplattformen mit Regierungsbehörden zusammenarbeiteten, um Beiträge zu unterdrücken und Nutzer von der Plattform zu entfernen, welche von der genehmigten Darstellung abwichen. Es geht nicht darum, die Öffentlichkeit vor Unwahrheiten zu schützen – es geht darum, die Debatte zu unterbinden.

Warum diese Angst?

Die globalen Eliten haben vor allem vor einem Angst: die Kontrolle zu verlieren. Trotz jahrzehntelanger Propaganda ist die öffentliche Skepsis gegenüber dem katastrophalen Klimawandel gewachsen. Jede fehlgeschlagene Vorhersage – von der „eisfreien Arktis“ bis zum Zusammenbruch der Eisbärpopulationen – untergräbt ihre Glaubwürdigkeit. Und mit jedem neuen Bericht, der die astronomischen [Kosten](#) der Net-Zero-Politik aufzeigt, fragen sich immer mehr Menschen, ob das sogenannte Heilmittel schlimmer ist als die Krankheit.

Anstatt diese berechtigten Fragen zu beantworten versucht das Klima-Establishment, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen. Sie wissen, dass ihre Modelle fehlerhaft sind, dass ihre Daten selektiv ausgewählt wurden und dass ihre politischen Vorgaben ruinös sind. Doch anstatt ihre Position neu zu bewerten, setzen sie auf Zensur.

Die wahren Kosten der Unterdrückung von Andersdenkenden

Dies ist nicht nur eine theoretische Übung. Die Folgen der Unterdrückung des Klimaskeptizismus sind real und verheerend. Politik wie der Green New Deal und Net Zero sind mit enormen Kosten verbunden – sowohl wirtschaftlich als auch sozial. Ganze Industriezweige werden demontiert, die Energiepreise schießen in die Höhe, und Entwicklungsländer werden unter Druck gesetzt, damit sie auf bezahlbare fossile Brennstoffe verzichten.

In der Zwischenzeit sind die so genannten Lösungen – Windturbinen, Solarzellen und Elektrofahrzeuge – voller Probleme, von unzuverlässiger Energieerzeugung bis hin zu massiver Umweltzerstörung. Aber wenn man diese unbequemen Wahrheiten ausspricht, wird man zur Zielscheibe internationaler Unterdrückung.

Ein dringender Aufruf zum Handeln

Machen Sie keinen Fehler: Dies ist ein Kampf um die Seele der freien Forschung. Wenn es den Klimaalarmisten gelingt, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen, werden die Folgen weit über die Klimapolitik hinausgehen. Der Präzedenzfall ist klar: Wer nicht mit dem Elitekonsens übereinstimmt, wird ausgelöscht.

Hier geht es nicht nur um Klimaskeptiker – es geht um das Recht, Fragen zu stellen, Beweise zu verlangen und die Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn diese Rechte aufgegeben werden, werden sie auch vor dem Klimawandel nicht Halt machen. Wenn die Zensurmaschinerie erst einmal aufgebaut ist, wird sie dazu benutzt werden, abweichende Meinungen auf allen Gebieten zum Schweigen zu bringen.

Die Initiative der G20 sollte jeden empören, der die Freiheit schätzt. Es ist nicht die Aufgabe von Regierungen oder internationalen Organisationen, zu entscheiden, welche Ideen zulässig sind. Es ist an der Zeit, sich gegen diese autoritäre Übervorteilung zu wehren und eine offene, ehrliche Debatte über den Klimawandel – und alles andere – zu fordern.

Denn wenn sie uns zum Schweigen bringen, wer wird dann noch für die Wahrheit eintreten?

Unterstützen Sie den Kampf für freie Untersuchungen!

Seit fast zwei Jahrzehnten ist [Watts Up With That?](#) ein Leuchtturm für Klimarealismus und ein unermüdlicher Verfechter der freien Meinungsäußerung angesichts der zunehmenden Zensur. Als weltweit meistbesuchte Website zu Klimathemen hat sie sich gegen Fehlinformationen über „Desinformation“ gewehrt und eine Plattform für wissenschaftsbasierte Skepsis geschaffen.

Aber dieser Kampf ist nicht einfach. Zensur, Boykott und algorithmische Manipulationen haben es schwieriger denn je gemacht, diejenigen zu erreichen, welche die Wahrheit hören müssen. Wenn Sie an die Bedeutung offener Debatten und die Notwendigkeit glauben, die vorherrschenden Narrative zu hinterfragen, sollten Sie Watts Up With That? [unterstützen](#) – sei es durch das Teilen von Artikeln, durch finanzielle Beiträge oder einfach durch die Verbreitung der Nachricht.

Ihre Unterstützung ist jetzt wichtiger denn je. Gemeinsam können wir sicherstellen, dass die Stimmen der Vernunft, des Skeptizismus und der Wissenschaft stark bleiben.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/11/22/theyre-trying-to-silence-us-the-g20s-war-on-climate-skepticism/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Zwei Leserbriefe zum Theater in Baku

geschrieben von Chris Frey | 28. November 2024

Christian Freuer

Vorbemerkung: Hier folgen zwei Leserbriefe, die ich an meine Zeitung geschrieben habe, beide zum Thema „Klimakonferenz“ in Baku. Der erste datiert vom Beginn dieser komischen Konferenz mit Bezug zum entsprechenden Kommentar, der zweite mit Bezug zum Kommentar zum Ende. Der Wortlaut der Kommentare ist unwichtig, der Tenor geht aus den Briefen hervor. Der erste Brief ist natürlich nicht veröffentlicht, und ich denke, dass auch der zweite nicht durch die Redaktions-interne Zensur kommt.

Es wird demnächst im angelsächsischen Bereich sicher Beiträge dazu geben, die viel fundierter auf alles eingehen als ich mit diesen beiden Briefen, das wird auch übersetzt. Ich selbst glaube, hier nur den „gesunden Menschenverstand“ bemüht zu haben. – Ende Vorbemerkung

Zum Artikel „Planet hat keine Zeit zu verlieren“

MM Nr. 245 vom 23. Oktober 2024, Rubrik „Weltspiegel“

Sehr geehrte Redaktion,

leider widmen Sie dieser Veranstaltung in Baku wie jedes Jahr viel Aufmerksamkeit. Dabei haben die dort Versammelten nichts weiter im Sinn, als mit ihrem Krieg gegen das Kohlendioxid in der Luft das Leben auf der Erde insgesamt zu bekämpfen. Außerdem versammeln sich dort die wahren Leugner des Klimawandels. Geleugnet wird **erstens**, dass es Klimawandel schon immer gab seit die Erde selbst besteht. Geleugnet wird **zweitens**, dass es die meisten Zeit der Erdgeschichte viel wärmer war als heute (zuletzt vor etwa 1000 Jahren) mit einer eisfreien Arktis und fast gletscherfreien Alpen. Geleugnet wird **drittens** (und das finde ich am Gravierendsten), dass diese Warmzeiten grundsätzlich Zeiten waren, in denen das Leben auf der Erde aufblühte. Auch die geringe aktuelle Erwärmung hat ja laut NOAA schon zu einer zunehmenden Ergrünung der Erde geführt. Und für dieses Theater der wirklichen Klimaleugner wird auch noch sehr viel unserer Steuergelder aufgewendet.

Zum Kommentar „Abschluss der Klimakonferenz – zäh, aber unverzichtbar“ von Marc Beyer

MM Nr. 272 von Montag, dem 25. November 2024, Seite 2

Sehr geehrter Herr Beyer, liebe MM-Redaktion,

Sie halten es also für unverzichtbar, dass (laut Beschluss der Klimakonferenz in Baku) 300 Milliarden US-Dollar aufgewendet werden müssen, um **erstens** etwas aufzuhalten, dass es seit Jahrtausenden und Jahrmillionen auf der Erde gibt – ununterbrochen (Klimawandel)! Dass der Mensch das aufhalten kann und will ... was für eine Hybris! **Zweitens**, es sollen 300 Milliarden US-Dollar aufgewendet werden, um die Lebensgrundlage unseres Planeten zu bekämpfen und womöglich zu beseitigen (Kohlendioxid). Und das, obwohl es bis auf den heutigen Tag keinen einzigen Beweis dafür gibt, dass dieses Lebenselixier überhaupt die Temperatur beeinflusst! (Abgesehen von der Frage, vor wem oder was das Wetter eigentlich geschützt werden muss – und warum). Zum Begriff „Klima“: es scheint niemand zu wissen, was „Klima“ wirklich ist, nämlich nichts weiter als ein künstlich errechneter statistischer Mittelwert von Wetter über einen bestimmten Zeitraum, hier laut Festlegung der WMO 30 Jahre. Es sollen also **drittens** 300 Milliarden Euro aufgebracht werden, um 30 Jahre lang jeden Tag das Wetter zu beeinflussen! So leid es mir tut, aber wer das alles wirklich ernst nimmt, braucht einen Nachhilfe-Kurs zum Thema „gesunder Menschenverstand“. Und ich bin gespannt, ob tatsächlich auch nur ein Cent an korrupte Diktaturen in den Dritteweltländern oder gar nach China fließt!